

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonntage und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Wilh. Kiepert. Magdeburg. Verantwortlich für Anzeigen: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Knaack u. Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Gr. Mühlgr. 3, Fernspr. 1567. Redaktion und Drucker: Gr. Mühlgr. 3, Fernspr. für Redaktion 1794, für Drucker 961.

Pränumerations zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangobrief) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk. monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 zgl. Briefgebühren. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühren: die sechsstelligen Zeilen 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Restmetell Zeile 50 Pf. Post-Zeitungsliste Seite 422

Nr. 188.

Magdeburg, Sonnabend den 14. August 1909.

20. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 10 Seiten  
Heute liegt die „Neue Welt“ Nr. 33 bei.

## Eine unblutige Schlacht.

„Wir wissen, daß wir in Zukunft mit viel schärferem Nachsehen der Unternehmer zu rechnen haben werden!“ schrieb unser schwedischer Genosse Sjalmar Branting in seinem Rückblick auf den ersten schwedischen Generalstreik.

Es war ein kurzes Ruhenlassen der Arbeit, als der schwedische Reichstag Mitte Mai 1902 die vom Proletariat verworfene Wahlrechtsvorlage beriet. Vom 15. bis 17. Mai demonstrierten die schwedischen Arbeiter; sie wollten zeigen, daß sie für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht auf ihren Lohn Verzicht leisten, daß sie ihr ganzes Interesse auf die große politische Entscheidung konzentrieren konnten.

Der Generalstreik vor sieben Jahren war ein kleines Vorbild, verglichen mit dem ersten Entscheidungskampf, in dem sich heute mächtige Klassen gegenüberstehen. Im Jahre 1902 bestimmten die Arbeiter die sehr kurze Dauer des Generalstreiks, sie hatten Beginn und Ende allein zu erklären. Im Jahre 1909 ist der Generalstreik den Arbeitern aufgenötigt. Den Anfang in einer Periode schwerer Krise bestimmten die Unternehmer. Jetzt dauert der Kampf schon dreimal so lange als im Jahre 1902, das Ende ist nicht abzusehen. Ein Schluß der Bewegung ohne Zugeständnisse der Unternehmer, lediglich von den Arbeitern bestimmt, käme vermutlich einer Niederlage gleich, was im Jahre 1902 nicht der Fall war.

Vor sieben Jahren erreichte die Zahl der am Generalstreik Beteiligten am Tage seines Höhepunktes 116 000 bis 120 000, heute sind fast dreimal so viel an der Arbeitsniederlegung beteiligt. Im Jahre 1902 galt es, auf das Parlament Eindruck zu machen; die glänzende Durchführung des politischen Massenstreiks in der Hauptstadt des Landes garantierte schon den Erfolg. Nun gilt es, den Kampf überall dort zu führen, wo das scharfmacherische Unternehmertum den Arbeitern gegenübersteht.

Das ganze Land ist vom Generalstreik erschüttert, nicht bloß die Industrie, auch der Handel und der Verkehr, ja selbst die Landwirtschaft. Der Generalstreik dieser Tage ist nicht weniger als in allen seinen Vorgängern, er ist die größte, weitest ausgreifende, die Volkswirtschaft auf das tiefste erschütternde Bewegung dieser Art.

Der Kampf der schwedischen Arbeiter ist ein gigantischer Kampf zwischen Kapital und Arbeit, wie er oft angebroht, wie er niemals bisher durchgeführt wurde! Das Unternehmertum, das die Erschütterungen der Volkswirtschaft durch die Arbeiter bejammert, das im Interesse der ruhigen Selbstbereicherung die Aufhebung des Koalitionsrechts fordert, hat diesen größten Kampf vom Zaune gebrochen, hat ihn provoziert. Es hat die Arbeiter trotz ihrer mehr als weitgehenden Nachgiebigkeit gezwungen, die angebrohte Generalauslösung mit dem Generalstreik zu beantworten. Die schwedischen Arbeiter hatten bloß die Wahl, auf alle dank der gewerkschaftlichen Aktion errungenen Verbesserungen des Arbeitsvertrags zu verzichten und sich jedes Mitbestimmungsrechts auf die Regelung der Arbeitsbedingungen zu begeben oder den Generalstreik zu proklamieren.

Die schwedischen Arbeiter waren in einer Lage, die sie die äußersten Mittel zu ergreifen zwang; auf sie war das Wort aus dem kommunistischen Manifest anzuwenden: Die Proletarier haben . . . nichts zu verlieren als ihre Ketten. Wenn Marx und Engels dann fortfahren: „Sie (die Proletarier) haben eine Welt zu gewinnen“, so kann der Generalstreik diesen großen und letzten Sieg den schwedischen Arbeitern nicht bringen, aber kommende Geschlechter werden als eine bedeutungsvolle Entscheidungsschlacht in dem großen Kriege zwischen Bourgeoisie und Proletariat den Generalstreik in Schweden vom Jahre 1909 werten.

Es ist weit mehr als ein lokaler Kampf, der sich an den Küsten der Ostsee, in dem vom nördlichen Polarkreis durchzogenen Land abspielt, es ist ein Kampf, der uns sehr nahe geht! Ist er doch ein Teil des großen Entscheidungskampfes zwischen Kapital und Arbeit. Wie fern wähen wir uns oft den großen Entscheidungen im Klassenkampf, wie nahe gerückt erscheinen sie uns aber plötzlich, wenn mit heißer Glut ein Kampf entbrennt wie nun in Schweden.

Schreckten Proletariat und Bourgeoisie bisher vor der Anwendung der schroffsten Kampfmittel der Generalauslösung und des Generalstreiks zurück, so ist nun der Damm gebrochen. Der schwedische Kampf hat die ins Niederhaste übertragenen Kampfmittel der Arbeitseinstellung und der Auslösung aus der Theorie und dem Kleinen vor-

sichtigen und kurzfristigen Experiment in die volle Wirklichkeit übertragen. Was nun in Schweden möglich geworden ist, wird sicherlich auch auf größere Wirtschaftsgebiete übertragen werden. Die deutsche Unternehmertheorie, die schwedische Unternehmerpraxis, die proletarische Antwort werden bald in allen Ländern Heimatsrecht finden.

Was heute in Schweden gekämpft wird, erweckt unsere Sympathie nicht bloß, weil sich tiefgedrückte Proletarier gegen das rücksichtslose, eigenmächtigste Scharfmacherium kraftvoll und einmütig zur Wehr setzen, noch weit mehr nehmen wir Anteil an diesem Kampfe, weil wir in ihm den Anfang eines neuen großen Abschnitts des Klassenkampfes erblicken, weil wir wissen, daß eine schwere und opferreiche Periode für das Proletariat anbricht. Wir sehen aber nicht nur die Härten des Kampfes, nicht nur die vielen Opfer, die das Proletariat aller Länder bringen wird, wir sehen auch über diese Kampferperiode hinweg, wir glauben an ihren Grenzen die Morgenröte einer neuen Zeit aufgehen zu sehen.

Die schwedischen Arbeiter bilden die Avantgarde in der anbrechenden Epoche der Kämpfen. Möge ihnen voller Sieg werden! —

## Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 13. August 1909.

### Ein Opfer.

Die allgemeine Beliebtheit, deren sich der Kriegsminister von Einem dank seiner angenehmen Manieren bei allen bürgerlichen Parteien erfreute, spiegelt sich in den zahllosen ehrenvollen Nachrufen, die ihm die bürgerliche Presse widmet, so lebhaft wider, daß man beinahe den Eindruck erhält, als ob da ein außerordentlicher Mann aus dem Amte geschieden wäre. Man liest da, welche hervorragende Verdienste sich dieser Minister um das Heer erworben, wie er dafür vom Kaiser anerkannt, von den Offizieren geliebt, von den bürgerlichen Parteien verehrt worden sei und wie er nun ganz auf eignen Wunsch bei glücklich wiederhergestellter Gesundheit von seinem Ministerposten zurücktrete, um einen beurlaubten Korpskommandanten in der Provinz zu vertreten.

Werkwürdigerweise taucht fast nirgends die Frage auf, warum diesem tüchtigen, beliebten, ferngejunden Minister sein plötzlich eingereichtes Abschiedsgesuch so plötzlich bewilligt wurde. Nirgends regt sich eine Spur von Unmut darüber, daß ein angeblich so ausgezeichnete Mann ein Amt verläßt, in dem das Pflichtgefühl ihn hätte festhalten müssen, solange ihn nicht ein stärkerer Wille forttrieb.

Man hat sich in bürgerlichen Kreisen eben vollständig mit der Tatsache abgefunden, daß Minister gehen und kommen, ohne daß man weiß warum. Nehulich war es ja auch im Falle des Grafen Potjomowski, der im Gegensatz zu dem künstlich hinaufgelobten Einem wirklich den Ministerdurchschnitt überragte. Man lobte ihn und nahm seinen Abgang als ein Schicksal, das sich nicht ändern läßt.

Zu den wenigen Blättern, die den Versuch gemacht haben, das Rätsel des neuesten Ministersturzes zu lösen, gehört die „Vossische Zeitung“. Diese will schon im März dieses Jahres den hippokratischen Zug in der Amtswiene des Kriegsministers entdeckt haben. Damals erklärte Herr v. Einem, daß die Einjährig-Freiwilligen nur nach ihrer Tüchtigkeit zu Reserveoffizieren befördert werden sollten und daß es nicht statthaft sei, Aspiranten wegen des Standes ihres Vaters oder wegen ihrer Religion von der Beförderung auszuschließen. Diese Rede, die am 19. März gehalten wurde, soll nun dem Minister den Hals gebrochen haben: „Am Reichstag wurden die freimütigen Worte des Ministers als ein Schwanengesang bezeichnet, und in den Gesprächen der Abgeordneten wurde der Meinung Ausdruck gegeben: Den sehen wir als Minister im nächsten Jahre nicht wieder.“

Damals, als solche prophetischen Gespräche geführt wurden, war noch halbwegs Mäßigkeit, wenigstens dachte man noch nicht an einen nahen Sturz des Fürsten Bülow. Trotzdem waren die freisinnigen Abgeordneten selbst davon überzeugt, daß sich dieser Minister, indem er auch nur theoretisch die Möglichkeit der Beförderung eines Juden zum Offizier zugab, um Hals und Kragen geredet habe. Tatsächlich besteht ja neben Duellzwang und Ehren-Nemgerichten auch das geheime Judenausnahmegesetz in der Armeefort. Die Behauptung des Bloßfreiins, daß es ihm gelungen sei, darin eine Besserung zu schaffen, war nie etwas anderes als Plunkerei. —

### Die polnische Rache.

Die Polen, die im preussischen Landtag mit den Konserverativen auf sehr gespanntem Fuße stehen, stimmten bei der Reichsfinanzreform geschloffen mit Konser-

vativen und Zentrum. Ueber den Grund, der den polnischen Abgeordneten zu diesem Verhalten Veranlassung gab, hat sich der leitende Redakteur des „Dziennik Berlinki“ einem Vertreter des Prager Tschekoblattes „Deu“ gegenüber ausgesprochen. Er erklärte:

Die polnische Fraktion im deutschen Reichstag hat eine Politik der polnischen Rache ausgeführt. Der geeignete Augenblick war für die Polen gekommen. Mit ihren 20 Stimmen entschieden sie das Schicksal der Vorlage über die Erbschaftsteuer. Diese fiel mit Hilfe der polnischen Stimmen, und wenn Fürst Bülow infolge des ablehnenden Votums der Mehrheit seinen Abschied gegeben hat, so fühlt er die Folgen seiner antipolnischen Politik. Ich erkläre mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung mit allem Nachdruck, daß die polnischen Mitglieder des Reichstags mit ihrer Abstimmung einzig und allein die Veseitigung des Fürsten Bülow erzielen wollten. —

Wegen des einen Mannes haben die Polen ihre Volksgenossen mit den indirekten Steuern belastet. Der Einfluß ist viel zu hoch für den Erfolg. Das werden die polnischen Großgrundbesitzer noch derb zu kosten bekommen. —

### Silberufe aus dem Zentrum.

Im Zentrum wird jetzt nach Aufklärung geschrien. So schreibt „ein treuer und aufrichtiger Freund“ dem Würzburger „Fränkischen Volksblatt“ des schwarzen Reichstagsabgeordneten Liborius Gerstenberger:

In jenen Orten, wo Industriearbeiter nach großen Städten abwandern und Sonntags heimkommen, geht es jetzt hoch her. Der größte Held ist derjenige, welcher den Mund am meisten aufreißt, und glaube niemand, es bleibe die Heze ohne Erfolg. Das Zentrum ist wieder einmal an allem schuld. Wo bleiben dieser Gefahr gegenüber unsere Abgeordneten? Wollen sie ruhig auf ihren Lorbeeren ausruhen in dem süßen Bewußtsein, dem Vaterland einen großen Dienst geleistet zu haben mit Bewilligung der neuen Steuern? Abgeordnete raus! In allen größeren Orten Versammlungen abgehalten und das Volk aufgeklärt! Wir wollen an dieser Stelle nicht unteruchen, ob die Taktik des Zentrums bei der Steuerreform die richtige war. Es gibt eine sehr große Anzahl treuer und aufrichtiger Zentrumsmänner, die der Ansicht sind, das Zentrum hätte das Dium für die neuen indirekten Steuern ruhig dem Bülowblock überlassen sollen, auch wenn gar nichts zustande gekommen wäre.

Hierzu bemerkt die Redaktion — Besitzer und Redakteur des Blattes ist der angegriffene Reichstagsabgeordnete Herr Liborius Gerstenberger — recht offenherzig:

Auch wir sind der Meinung, daß die Abgeordneten selbst gegenüber der infamen Heze gegen das Zentrum die notwendige Aufklärung geben müssen. Sie sind, wie wir wissen, auch alle hierzu bereit; jedoch ist zurzeit auf verschiedene Auerbieten hin die Antwort aus den Gemeinden gekommen: „Jetzt nicht; später, nach der Ernte. Die Leute sind jetzt so müde gearbeitet, daß man ihnen nicht zumuten kann, eine längere Rede mit anzuhören.“ — Andre zurufen an Abgeordnete sagen: „Nur jetzt keine Versammlung! Bei der böswilligen Verhöhnung werden ja die Redner von solchen Leuten, die noch nie zum Zentrum gehört haben, niedergeschrien.“

Also auch im Zentrum herrscht jetzt die „Traum- und nicht-Stimmung“. Man glaubt gern, daß die Anhänger müde von der Ernte sind, aber nur müde von der Zentrums-ernte, denn sozialdemokratische Reden hören sich jetzt Zentrumsbauern mit großer Aufmerksamkeit an. Was wollen die Herren auch aufklären? Mit ihrer Heze gegen die „Börsejopper“ machen sie sich nur lächerlich, denn das Zentrum hat ja eine richtige Börsesteuer auf Befehl der Regierung fallen lassen, und die Talonsteuer trifft nicht den die „Börsejopper“ machen sie sich nur lächerlich, denn das und häuerlichen Mittelstand! Unglaublich komisch ist vollends der echt Gerstenbergerische Witz:

Was die Ansicht des Artikelsehreibers über die Taktik des Zentrums anlangt, so ist klar, daß es für das Zentrum viel angenehmer gewesen wäre, die Hände in den Schoß zu legen und abzuwarten, ob und bis die andern etwas fertigbringen. Da aber die Zentrumspartei aus Leuten besteht, die es mit ihrer Pflicht ernst nehmen, so war es selbstverständlich, daß am Ende ihnen die Not des Reiches und das Wohl des Vaterlandes höher stand als die drohenden Unannehmlichkeiten.

Diese „Not des Reiches und das Wohl des Vaterlandes“ haben die schwarzen Patrioten des Schnapsblocks leider erst entdeckt, als sie Ansicht hatten, Bülow zu stürzen. Denn vorher legten sie seelenruhig ihre Hände in den Schoß und erklärten, es sei durchaus nicht für das Zentrum erwünscht, 500 Millionen neuer Steuern bewilligen zu helfen.

### Der erfolgreiche Mißerfolg.

Eine parlamentarische Korrespondenz verbreitet verschiedene Mitteilungen über die bisherigen Erfolge der preussischen An siedlungskommission. Sie stimmt einen Lobgefang an auf die angeblich ungemein segensreiche Tätigkeit und großen „Erfolge“ der preussischen An siedlungspolitik. Sie meint, es stünden nur nicht genügend Mittel zur Verfügung, um in wünschenswerter Weise großzügiger vorgehen zu können.



Der Haupterfolg der Kommission scheint aber neben der Vorklaffung vor der ganzen Kulturwelt nur darin zu bestehen, immer neue Millionen, die hauptsächlich den Taschen der ärmeren Bevölkerung entnommen werden, zu verpulvern. Am 1. März 1908 wurde im preussischen Landtag nach heftigen Kämpfen eine Gesetzesvorlage angenommen, durch die der preussischen Regierung ein abermaliger Fonds von 250 Millionen Mark und das Recht der Enteignung polnischer Grundbesitzes zugeteilt wurden zur Durchführung der schon seit 22 Jahren betriebenen, aber noch immer erfolglos gebliebenen Ansiedlungspolitik in Posen und Westpreußen.

Und jetzt schreit man schon wieder nach neuen Millionen! Die Korrespondenz schreibt:

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß schon die nächste Landtagssession Vorlagen bringen wird, die mit den Arbeiten der Ansiedlungskommission in den Dismarken eng zusammenhängen. Einmal bedürfen die Fonds der Kommission in nicht allzuferner Zeit der Neuauffüllung, und ferner werden Mittel in Erwägung gezogen, die das rapide Anwachsen des polnischen Grundbesitzes in Schlesien und den unfruchtbarsten Gütern in Schlesien durch polnische Ansiedlungsarbeiten verhindern sollen. Es ist auch beobachtet worden, daß das Polentum nach der Enteignungsvorlage Verjuche macht, in Pommern und Litauen Boden zu gewinnen, indem es verschuldete deutsche Güter aufkauft. Der Staat hat ein großes Interesse, dieses Vorgehen mit gesetzlich zulässigen Mitteln entgegenzuwirken und will demnach Schritte in Pommern, Ostpreußen und Schlesien zu tätigen, vielleicht durch Gründung neuer Kreditinstitute nach dem Muster der Danziger Bauernbank.

Die Polen reiben sich die Hände ob dieser erfolgreichen Mißerfolge.

### Gegen die Klassenjustiz.

Die Bauarbeiter, die immer kampflustige Elite der Pariser Arbeiterklasse, hatten sich am Sonntag trotz der tropischen Hitze in einer Anzahl von 6000 versammelt. Es galt diesmal Protest einzulegen gegen die neuen Praktiken der bürgerlichen Klassenjustiz. Die französischen Gerichte begünstigen nicht mehr damit, die gewerkschaftlichen Agitatoren wegen angeblicher Verletzung zu allen denkbaren Untertanen zu langen Kerkerstrafen zu verurteilen. Ein Pariser Tribunal hat für die Gewerkschaftsagitatoren die napoleonische Praxis der Aufenthaltssuntersagung wieder aufgenommen, die sonst nur gegenüber richterlichen gemeinen Verbrechern angewandt wird. Kürzlich ist der Agitator der Pariser Gedrucker, Accordeau, neben einer mehrmonatigen Gefängnisstrafe zu 6 Jahren Aufenthaltssuntersagung verurteilt worden. Ein sehr einfaches Mittel, sich unheimlicher Agitatoren zu entledigen!

Doch die Bauarbeiter sind keineswegs gewillt, diese Prozeduren einzugehen. In einer geheimnisvollen Resolution erklärten sie sich bereit, in die Straße hinauszugehen und die notwendigen Aktionen zu unternehmen, um ihre gewerkschaftlichen Freiheiten zu verteidigen, die durch die jüngeren der Bourgeoisie bergewaltigt werden. Es ist allerdings notwendig, daß die französischen Arbeiter sich rühren, um die Einführung preussischer Gerichtspraktiken zurückzuwerfen.

### Deutschland.

**Konservative und Erbschaftsteuer.** Während die Konservativen im Reichstage gegen die Erbschaftsteuer einen Kampf bis aufs Messer führten, wies kürzlich das führende Organ der Konservativen, die „Strengezeitung“, darauf hin, daß doch die erweiterte Erbschaftsteuer für die Einzelstaaten frei gelassen sei. In dem Hinweise lag eine bestimmte Aufforderung an die Einzelstaaten, von dem ihnen gewährtesten Rechte auch Gebrauch zu machen. Hierzu lautet jetzt der konservativen „Reichsbote“: Wer gegen die Erbschaftsteuer als Reichsteuer war, der darf sie nicht als Staatssteuer empfehlen, und wenn er es tut, so übt er damit die schärfste Kritik an der Ablehnung der Erbschaftsteuer als Reichsteuer. Ist die Erbschaftsteuer als Staatssteuer betrachtet, ungeschädlich und empfehlenswert, dann wäre sie es auch als Reichsteuer gewesen. Wenn aber die Erbschaftsteuer wirklich die Familienzusammenhänge zerrützt, wie ihre Gegner behaupten, so würde sie diese Wirkung ebensowohl als Staatssteuer wie als Reichsteuer ausüben. Kann man sie als Staatssteuer empfehlen, so hätte man sie auch als Reichsteuer empfehlen können. — Was die Konservativen solange nicht beschreiben wird, wie das niederrheinische Reichstagswahlrecht beschaffen ist.

**Glucht aus dem konservativen Lager.** Im Lager der konservativen Kräfte des Reichstages. In der (Dona) sagte eine Versammlung, die von Wählern einberufen war, die mit der Haltung der konservativen Reichstagsfraktion nicht zufrieden sind. Da nationale liberale Abgeordnete zum ersten Male über die Reichstagsfraktion und die innenpolitische Lage, in der die Wahlen im nächsten Herbst stattfinden, und die Stellung der konservativen Reichstagsfraktion im Reichstag, die bei einer Neuwahl zum Reichstag die Kandidatur des Grafen Stolberg nicht mehr in Frage kommen könne. Es wurde eine Resolution angenommen, in der die Haltung der konservativen Reichstagsfraktion bei der Beratung der Reichstagsangelegenheiten auf das entschiedenste mißbilligt und ausgesprochen wird, daß es den Anwesenden nicht mehr möglich ist, innerhalb der konservativen Reichstagsfraktion zu unterstützen. Man will vielmehr in Zukunft einem national-liberalen Kandidaten seine Stimme geben.

**Einberufung des Reichstags.** Wie berichtet wird, soll die Einberufung des Reichstags frühestens für den 23. November d. J. zu erwarten sein.

**Erlass für das Ostrot.** Der Landes-Kommissar für Ostpreußen hat in der dritten Sitzung ein neues Kommunalgesetz erlassen, an dem u. a. die Gemeinden ermächtigt werden, eine Steuer nach dem gemeinen Werte der unbewohnten Grundstücke bis zur Höhe von 0,5 Prozent einzuführen. Die vorgeschlagene Steuererhöhung ist wegen der Verhandlungen im Reichstag bis zur nächsten Session vertagt worden.

**Das neue Kaiserreich.** Die jüngsten Ereignisse haben gezeigt, daß im Jahre 1912, also vermuthlich nach dem Reichstagswahltag, dem Reichstag die Fortsetzung gegeben wird. Die Bundesrat hat ein neues Reichsgesetz für die Wahlen 2. zu veröffentlichen. Die Bundesrat soll auf 3 Jahre verlegt werden: der Bund soll von 9 bis 9 Millionen Mark vermindert. Die Wahlzeit soll von längerer Zeit fern. Der weniger Wochen noch war man sich bemüht, die Möglichkeit dieser Regelung zu bestimmen. Später wird es bereits nicht mehr möglich sein.

### Aus der Gewerkschaftsbewegung.

**Zum Streik im Bochumer Holzgewerbe wird herangezogen.** Die nicht glückliche Versuchung der Streikenden ist nicht auf einen Beschäftigten der Unternehmungen, sondern auf massenhafte Verurteilungen für die Wiederannahme der Arbeit, weil auch ein Mangel an Arbeit durch anderweitige Beschäftigung zurückzuführen. Nach dem die Unternehmungen bestreift und über die streikenden Gewerkschaften eine Entscheidung getroffen wurde, ist am Samstag die Arbeit wieder aufgenommen worden. Der Streiksporn die Forderung für Herabsetzung der Löhne ist bisher ergebnislos geblieben. Die im 6. Jahre bestehende Forderung am 1. April 1910 in Wegfall kommt.

**Die Einigungsverhandlungen im Kampfe der städtischen Arbeiter sind gescheitert.** Der Grund hierfür liegt hauptsächlich darin, daß der Magistrat daran festhält, die Anerkennung der durch das Dienstalter erworbenen Rechte vorläufig zu versagen und diese Rechte erst am 1. April 1910, und zwar nur bei einwandfreier Führung der Weidewirtschaften von neuem zuzugestehen. Das bedeutet für die alten städtischen Arbeiter die Zurückweisung in die niedrigste Lohnklasse und somit eine Lohnminderung von 20 bis 70 Pfennig pro Tag sowie die Verzichtnahme ihrer Ansprüche auf Zahlung des Lohnausfalls bei Krankheits- und militärischen Abwesenheiten, bei Gewährung von Sommerurlaub, Ruhegeld, Hinterbliebenenversicherung usw. Diese sonst ohne weiteres gewährten Vergünstigungen sollen vollständig in das Ermessen des Magistrats gestellt werden. Das Hauptgewicht wird von den Arbeitern darauf gelegt, daß anstatt Lohnaufbesserungen Lohnreduktionen erfolgen sollen; derartige Zimmungen sind aber für die Arbeiter auf höchste Verleugung und unannehmbar. Der gemächliche Zugeständnisse hinsichtlich der eventuellen späteren Einführung des Achtstundentags für Dienstleute des Gaswerks und der wöchentlichen Lohnzahlung haben diese Bestrafung der vom Magistrat ausgesperrten Arbeiter bei weitem nicht auf. In die Praxis umgekehrt sind diese Lohnzahlungen für die ausgesperrten eine Ursache für die Weigerung, Streikarbeit zu verrichten. Um die Weigerung zu überwinden, die gute Wille, den Konflikt beizulegen und den Frieden wiederherzustellen. Die Streikenden und ausgesperrten verharren daher im Kampfe und hoffen, daß auch die übrige Arbeiterschaft alles tun wird, um diesen Machtspruch des Magistrats zu brechen.

**Beendeter Streik.** Der Streik der Textilarbeiter bei der Firma M. Steinberg in M.-Gl. ist nach vierwöchiger Dauer beendet worden. Man einigte sich auf den Abschluß eines Tarifvertrags, der bis Ende 1910 in Geltung bleibt und eine Erhöhung der bisherigen Löhne um durchschnittlich etwa 7 Prozent bedeutet. Am Streik waren 20 freie und ebensowohl christliche Gewerkschaftsmitglieder beteiligt. Streikbrecher aus den Reihen der Arbeiter waren nicht zu verzeichnen.

### Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 13. August 1909.

#### Die leidtragenden Gastwirtsgehilfen.

Unter den Interessenten der Steuerabwälzung ist eine Einigkeit erzielt worden, so wird jetzt von überallher gemeldet. Die Brauer und Wirte verbinden es nicht schlechter als die Paratier zu klagen und im Ueberdies ihrer patriotischen Gesühle alle Kräfte auf Dritte abzuwälzen. Wie die Darstellung der gesamten Preise ergeben hat, ist nicht nur die Abwälzung der neuen Steuern bei dieser Gelegenheit beachtlich, sondern es ist allgemein vereinbart worden, einen bedeutend höheren Preis aufzuschlagen einzutreten zu lassen, als sich überhaupt mit den neuen Steuern rechtfertigen läßt. Die von den neuen Steuern zunächst, wenigstens anscheinend Betroffenen, die Wirte und die Brauer, machen nach allem, was bisher bekannt wird, ein wahrhaft glänzendes Geschäft bei der Abwälzung. M. a. ist das auch daraus ersichtlich, daß die Aktien sämtlicher Brauereien fast am gleichen Tag, als die beabsichtigte Einigkeit bei den Interessenten gemeldet wurde, eine erhebliche Aufbesserung an der Börse zeigten. Es ist auch schon festgestellt, daß die Brauereien allein aus einer Erhöhung von nur 3 Mark — veranlaßt ist ja vielfach eine solche von 5 Mark beabsichtigt — einen neuen Ueberertrag von 4 bis 13 Prozent auf ihr gesamtes Aktienkapital erzielen werden. Bei diesem niedrigen Aufschlag würde z. B. die Schultheiß-Brauerei in Berlin aus der Abwälzung einen neuen Profit von 1 1/2 Millionen herauszuschlagen und damit weitere 9 Prozent Dividende auf das Aktienkapital zahlen können. Es ist also in aller Planmäßigkeit auf die Taschen des konsumierenden Publikums abgesehen.

Ganz anders sieht es aus, so wird uns aus Kessnerkreisen geschrieben, und bisher bei aller Kalkulation der „Beteiligten“ die Angehörigen. Dabei gibt es kaum eine Arbeiterkategorie, welche unter schlechteren Verhältnissen ihr Dasein fröhlich, wie gerade die Angehörigen des Gastwirts-gewerbes, welches den Unternehmern ungeheure Gewinne, den Angestellten jedoch gemeinlich nur die Möglichkeit, geringenfalls noch in immerlich zusammengekauften Trinkgeldern existieren zu können, bietet. Die Trinkgeldwärtter sind nicht nur sprachlos, sondern die Lösung dieser Frage in den letzten Jahren geradezu eine Notwendigkeit geworden, und schließlich wird sich nicht so leicht wieder eine Gelegenheit bieten, wenigstens auf eine Abänderung dieses raugrigen aller Lohnsumme hinzuwirken. Die gewerkschaftlichen Organisationen dieser Angehörigen, der Verband deutscher Gastwirtsgehilfen, ist zu sehr einer Aktion allerdings noch zu schwach, insbesondere durch den Umstand, daß er mit einer Reihe gelber nationaler Verbände zu rechnen hat. Immerhin wird aber jetzt bei der überall eintretenden Bierpreiserhöhung auf die Einführung von festen Löhnen, so bestanden diese auch in der ersten Zeit sein mögen, gedrungen werden können. Es ist zweifellos, daß das Publikum sich gegen eine mögliche Erhöhung der Bierpreise viel weniger wenden würde, wenn die Gewinne so einheitlich gemein wären, sich auch über eine feste Entlohnung ihrer Angehörigen zu einigen. Die können trotzdem noch ein sehr gutes Geschäft dabei gemacht und nicht zum mindesten mehr auch der Stand der Dinge durch eine solche Maßnahme um ein Bedeutendes in der öffentlichen Meinung geklären, zu der wirklich nicht der Umstand beiträgt, daß sie zwar verhältnismäßig sehr hohe Gewinne einbringen, die Verpflegung ihrer immer arbeitenden Angehörigen jedoch dem Publikum überlassen. Es wäre zu wünschen, daß der Verband deutscher Gastwirtsgehilfen, der zurzeit überall, wo Streikverhandlungen stattfinden und damit auch ein Zurückgehen des Trinkgeldverdienstes der Angehörigen zu befürchten ist, die Forderung auf Minimallohne stellt, vom Publikum auf jede Weise unterstützt werden würde.

**Zur Lohnbewegung der Binnenfahrer** schreibt „Das Schiff“, Zentralblatt für die gesamten Interessen der deutschen Seefahrer, folgendes:

Die Elbschiffahrtsgesellschaften beschließen, auf die weitgehenden Forderungen der Angehörigen nicht einzugehen. Falls bezüglich der Sonntagsruhe und der Ueberstunden nicht nachgegeben wird, erscheint der Zustand unvermeidlich. Eine dringende Erklärung wird den Arbeitnehmern zugehen, die gleichzeitig zu weiteren gemeinsamen Beratungen im Laufe der nächsten Woche nach Berlin eingeladen werden sollen.

Durch die letzten Erörterungen lassen sich die Vertreter der Arbeiter nicht irreführen; sie werden nach wie vor im Interesse der beschaffenen Binnenfahrer an der Sonntagsruhe und an der Bezahlung der Ueberstunden festhalten. Die Gesellschaften verhalten sich am Besten durch den Streikmann F. J. Unterjoch zu gewinnen und für sich bei den Verhandlungen Material zu gewinnen. Die Wachen der Binnenfahrer und Maschinenisten und Geigen, solche Unterjochten zu leisten, wenn sie nicht zum Verlassen ihrer Kollegen werden wollen. Im übrigen können wir 'erhoffentlich' noch den Verhandlungen beim Jahre 1906 mitteilen, daß Unterjochten, die den Arbeitern das Koalitionsrecht rauben, keine Gültigkeit haben.

Die Erklärungen der Eins und ihrer Nebenläufe. F. J. D. Schwarz.

**Sozialdemokratischer Verein.** Auf die morgen Sonntagabend, abends 8 1/2 Uhr, im „Weißen Hof“ stattfindende Bezirksversammlung des Bezirks R e u e u f t a b t sei noch einmal aufmerksam gemacht. Außer einem Vortrag stehen wichtige geschäftliche Fragen auf der Tagesordnung. Zahlreicher Besuch, besonders auch der Genossinnen, ist dringend nötig.

**Zum Ausstand der Magdeburger Holzarbeiter** wird uns geschrieben: Dem Wunsch der Herren Vorstandsmitglieder vom Arbeitgeber-Schutzverbande, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen, ist nur ein Fischer nachgekommen. Ein ziemlich großer Teil der Ausständigen hat lieber Magdeburg den Rücken gekehrt, um auswärts, wo tüchtige Kräfte jetzt mit Ruhm auf genommen werden, sich ein neues Heim zu gründen. So haben die Herren also doppelten Verlust. Nicht nur, daß die Arbeit sich von Magdeburg fortzieht, nein, auch die sowieso nicht im Ueberfluß vorhandenen guten Arbeitskräfte gehen verloren. Im übrigen sieht der noch hier gebliebene Teil bei bester Gesundheit der weiteren Entwicklung der Sache entgegen. Bezug fernzuhalten ist Ehrenpflicht eines jeden rechtlich denkenden Arbeiters!

**Der Streik der Former und Gießerarbeiter** bei der Firma M. Wolf ist noch nicht beendet.

**Vom Gewerbegericht zu Magdeburg.** In dem Monat Juni wurden überhaupt 61 Klagen erhoben. Erledigt wurden 52, davon hatten einen Streitwert bis 20 Mark 57 Klagen, über 20 bis 50 Mark 16, über 50 bis 100 Mark 7, über 100 bis 300 Mark 2 Klagen. Erledigt wurden durch Verwahrungsurteil 3 Klagen, durch Anerkenntnis 2, durch andre Endurteile 10, durch Vergleich 21, durch Zurücknahme 13 und auf andre Art 3 Klagen. Die Zahl der Beweisschlüsse betrug 15.

**Bierkrieg.** In Thüringen protestieren in vielen Städten sehr stark beunruhigte Volksversammlungen gegen die Bierpreiserhöhung. Man erklärt sich bereit, die höheren Bierpreise zu bezahlen, aber nur so weit, als die Biersteuer selbst sie rechtfertigt. Die Bewegung wird auch vom übrigen Publikum unterstützt. In Sachsen-Meiningen und Schwarzburg-Rudolstadt ist der Bierkrieg bereits da. Im Oberland, wo die Spielwarenindustrie zu Hause ist, und im Koburger Land steht der Ausbruch des Krieges am 12. August zu erwarten. In Jena, Mühlhausen usw. haben große Versammlungen ebenfalls Stellung gegen die Brauereien und Wirte genommen. In Koburg wird das hierinfindende Publikum von 153 Kaffee- und 12 Flaschenbierkäufern ersucht, sie in diesem Kampfe zu unterstützen und so lange kein Bier zu trinken, bis die Brauereien das Gestaltlose zu 17 Mark abgeben. Diese Vorgänge sollten den Interessenten allerorts zu denken geben.

**Bevölkerungsbewegung.** Nach Mitteilung des Statistischen Amtes der Stadt Magdeburg betrug im Monat Juni die Zahl der Lebendgeborenen 252 männliche, 245 weibliche, zusammen 497; Gestorbenen 148 männliche, 144 weibliche, zusammen 292; innerhalb der Stadt Umgezogene: (nach den Zugumeldungen) 1431 männliche, 1435 weibliche, zusammen 2866; von auswärts Zugezogene 1531 männliche, 1017 weibliche, zusammen 2548; nach auswärts Fortgezogene 1691 männliche, 1219 weibliche, zusammen 2910; mit unbekanntem Ziele Fortgezogene 763 männliche, 356 weibliche, zusammen 1119; Umsiedlungen 117; der legitimen unehelichen Kinder 11 männliche, 12 weibliche, zusammen 23. Die Bevölkerungszahl stellte sich am 30. Juni 1909 folgendermaßen: Altstadt 92 437, Wühlstadt 30 496, Friedrichstadt usw. 9440, Sudenburg 38 971, Neustadt 52 956, Budau 23 967, Rothensee 1611, zusammen 249 878 Personen (124 465 männliche, 125 413 weibliche).

**Ohne Halt!** Solange seine Frau lebte, hatte sich der Arbeiter M. recht und schlecht durchs Leben geschlagen. Als die Lebensgefährtin aber starb, verlor M., wie das häufiger vorkommen soll, mit ihr auch den inneren Halt und es ging abwärts. Fortgesetzt hatte er wegen kleinerer Verjöße mit den Gerichten zu tun. Dies änderte sich, als eine Tochter sich nach außerhalb verheiratete und den Vater mitnahm. Tatsächlich war in kurzer Zeit eine merkliche Besserung bei M. zu verzeichnen. Da erhielt er eines Tages zu seinem Unglück eine Aufforderung, wegen einer schon ziemlich vergessenen Unfallsache nach Magdeburg zu kommen. Hier traf er alsbald alte Aneids und Schicksalsgenossen, die gleich merkten, daß M. noch Geld hatte. Es wurde „im unter noch ein s“ getrunken, bis M. nur noch wenig Geld, dafür aber einen um so größeren Kauf hatte. Der Alkohol weckte all die begrabenen bösen Geister wieder auf und M. verlor das Manko in seiner Kasse dadurch wieder auszugleichen, daß er bettelte, und zwar des Kaufes wegen so unvorsichtig, daß er gleich abgefaßt wurde. Er erhielt nun nicht nur eine Haftstrafe, sondern wurde auch der Landespolizeibehörde überwiesen.

**Ein Unfall** ereignete sich am Donnerstag beim Fußballspiel. Der Schüler Willi Müller, Sternstraße 31 wohnhaft wurde von einem Mitspieler mit dem Fuße gegen das Schienbein getreten und erlitt hierdurch einen komplizierten Unterschenkelbruch. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde der Verletzte mittels Sanitätswagens nach der Sudenburger Krankenhaus gebracht.

**Gestohlen** sind hier: Am 10. August vormittags gegen 12 Uhr aus dem Korridor eines Hauses der Gortelstraße ein dunkelgrünes Handtäschchen, enthaltend ein Portemonnaie mit 2 Mark bar, vier Fünftlingsmarken, ein Schloß und ein weißes Taschentuch, bezeichnet W.; nachmittags gegen 7 1/2 Uhr aus einem unverschlossenen Kontor in der Hummelstraße ein Zwanzigmarkstück in der Zeit vom 11. nachmittags bis 12. vormittags 6 Uhr aus einem unverschlossenen Kellerraum in der Wielandstraße ein Fahrrad „Arminius“ mit schwarzem Rahmen, schwarzen Felgen und nach oben gebogener Lenkstange sowie ein Fahrrad „Brennauer“ (Fabriknummer 15574) mit schwarzem Rahmen, schwarzen Felgen und gerader Lenkstange; am 12. gegen 8 1/2 Uhr vormittags aus einer Kasse in der Bahnhofsstraße aus einem auf dem Tischrand liegenden Handtäschchen ein rotes Bügelportemonnaie mit etwa 30 Mark. In letzterem Falle wurde der Dieb von der Kriminalpolizei in der Person eines Fleischherlehters ermittelt, der das Portemonnaie in dem Feuer am Dome verbrannt hatte. Der Handlungsgeschehe Otto M. von hier, der in der Zeit vom 12. Mai bis 31. Juli in einem heiligen Schwarzwarengeschäft in Stellung war, hat dem Geschäftsinhaber Schuhwaren im Werte von 58 Mark gestohlen, die in seiner Wohnung vorgefunden wurden.

**Ein größerer Verkehrsstöcker** entstand am Donnerstag nachmittags mitten auf der Strombrücke. An einem mit Ankersteinen beladenen Wagen der Försterschen Ziegelei war ein Rad gebrochen. Der Wagen lag nun reichlich 1 Stunde auf der Brücke, den Verkehr nach beiden Seiten hemmend, bevor er durch vier Pferde nach dem Brückhof geschleift und dort umgeladen werden konnte. Da auch beide Gleise der Straßenbahn verstopft waren, konnte der Betrieb nur mangelhaft durch Umleitungen aufrechterhalten werden. Die Verträge vor dem hinter der Strombrücke hat sich anlässlich dieses Vorfalls als außerordentlich notwendig erwiesen.

**Heber „Christliche Fürsorge“** am Mittwoch, vormittags 9 1/2 Uhr, Dr. Kramer in Meißnerstraße der Freireligiösen Gemeinde, Marktstraße 1, sprechen. Auch Nichtmitglieder haben Zutritt.

### Konzerte, Theater, Sport etc.

**Städtische Konzerte.** Am Sonntagabend den 14. August wird im Stadttheatergarten ein Extrakoncert des städtischen Orchesters unter Leitung des Kapellmeisters Bruno stattfinden. Der zweite Teil des Programms ist Richard Wagner gewidmet. Er enthält: Parsifal, Vorspiel, Albulan, Einleitung zum 3. Akt aus „Die Meistersinger“ (Tanzt der Lehrbuben), Fantasie aus „Die Walküre“.



\* **Viktoria-Theater.** Am Montag wird Augenerbers Rollspiel „Der Warrer vor Kirchhoff“ in Szene gehen. Helene Müller hat das Stück für ihren Benefizabend ausgewählt und wird darin die Rolle der Anna Wirtmeier spielen.

\* **Im gänzlich renovierten Zirkusgebäude.** Herr Direktor Vanger teilt uns mit, daß er mit seinem jetzigen Nachfolger resp. Pächter des Zirkusgebäudes ein Abkommen getroffen habe, daß ab Sonntag den 15. d. M. und folgende 14 Tage die noch von ihm im Frühjahr dieses Jahres projektierte Veranstaltung von Match-Preis-Ringkämpfen in zwei Klassen stattfinden. Um jeglicher Unreinlichkeit und Abmachung unter den Ringkämpfern entgegenzutreten, müssen die Kämpfe jeden Abend bis zur Entscheidung ausgetragen werden. Es erfolgt jeden Abend Auszahlung, und zwar für den Sieger 60 Mark und für den Besiegten für jede Minute des Kampfes 1 Mark als Vergütung. Die Kämpfe sind in zwei Klassen geteilt, Leicht- mit Leichtgewicht und Schwer- mit Schwergewicht. Durch diese Maßnahme soll das verehrte Publikum hochinteressante und harterkämpfte Kämpfe zu sehen bekommen, die gleichzeitig einen wirklichen sportlichen Wert haben. Bis jetzt haben sich gemeldet: Sabatier, Schmidt, v. Marin, Jensen, Galmayer, Hein, Albert Sturm, Jackson, Witthink, Roth, Peyrouse, Dinger, Milchfalter, Högler, Lurich 2, Petersen, Barschau, Kalweit, Waff, Milo. Weitere Meldungen stehen bevor. Durch diese Bestimmungen haben die Sieger Veranlassung des pekuniären Vorteils halber ihr bestes Können im Kampfe einzusetzen.

## Gerichts-Zeitung.

Gewerbegericht Magdeburg.

Sitzung vom 12. August 1909.

Stadttrat Dr. Arnold, Vorsitzender. Direktor Bauer und Kaufmann Thiel, Beisitzer der Arbeitgeber; Schriftföher Brundert und Messerschmied Mühlberg, Beisitzer der Arbeitnehmer.

Spätere Abmachung. Der Blättelchler Reincke war bei der Plätterin Wppe 1/2 Jahr gegen 20 Mark Lehrgeld, zahlbar in zwei Raten, in der Lehre gewesen. Die Reincke hatte sich einige Tage Urlaub geben lassen. Nach der Gewährung des Urlaubs verlangte Frau Köpke, daß die Zeit nachgelehrt werden solle, gab auch die Papiere nicht heraus. Frau Köpke klagte nun auf Nachlernung der veräumten Zeit. Das Gericht war der Ansicht, daß die Verbindung der Gewährung des Urlaubs hätte stellen müssen. Beklagte verbot sich, die letzte Rate Lehrgeld zu zahlen, Klägerin will Arbeitsbuch und Sachen herausgeben.

Kein Entlassungsgrund. Der Arbeiter Lüddede klagte gegen den Bauereibesitzer Günter auf Zahlung von 14 Tagen Lohn und Logisentschädigung in Höhe von 44 Mark. Als Grund zur sofortigen Entlassung gab Günter an, daß der Arbeiter einmal zu spät zur Arbeit gekommen sei und daß er seine Mitarbeiter bedroht habe. Die Gründe wurden nicht als sachlich anerkannt. In dem Tage, als Lüddede zu spät gekommen war, ist er krank gewesen. Die Drohung gegen seine Mitarbeiter wurde als Ungehörigkeit angesehen, aber nicht als Entlassungsgrund. Dementsprechend wurde Beklagter zur Zahlung von 44 Mark verurteilt.

Vom Tischlerstreik. Der Tischlermeister Kirchhoff klagte gegen drei Tischler wegen plötzlichen Verlassens der Arbeit auf je 15 Mark Entschädigung. Kirchhoff gab an, daß über Kündigung nichts vereinbart sei, deshalb die 14tägliche Beise. Festgestellt wurde, daß von geordneten Verhältnissen in dieser Beziehung in dem Betriebe nicht die Rede sein kann. Manche Gehilfen mußten unterschreiben, daß Kündigung ausgeschlossen ist, andere wieder nicht. Nach der Arbeitsordnung bestand keine Kündigung. Nach überblidem Gebrauch fällt in Magdeburg für die Tischler die Kündigung fort. Kirchhoff zog seine Klage zurück.

Unter Künstlern. Der Pianist Höfert klagte gegen den Kapellmeister Melzer auf Zahlung eines Monatslohnes von 150 Mark. Höfert hatte bei der Annahme erklärt, daß er allen Ansprüchen gewachsen sei, auch schon im Quartett gespielt habe. Es stellten sich aber doch Mängel heraus und Melzer entließ ihn sofort ohne Kündigungsfrist. Ueber die Leistungsfähigkeit des Höfert war ein großer Zeugenapparat aufgetreten worden. Uebereinstimmend war die Meinung dahin, daß Höfert bei dem besten Spieler vorkommen und sich jeder erst im Quartett einüben müsse. Allerdings sollen die Fehler sehr erheblich gewesen sein. Nach dem schriftlichen Vertrag gilt in den ersten 4 Wochen nur die 14tägliche Kündigung. Weiter gingen noch 16 Mark ab, die Höfert während der Kündigungszeit verdient hatte. Die Forderung ermäßigte sich nun auf 64 Mark. Die Parteien einigten sich auf 32 Mark, die Melzer sich zu zahlen verpflichtete.

## Militär-Justiz.

Oberkriegsgericht des 4. Armeekorps.

Magdeburg, 13. August 1909.

Um ein Messer. Weil der Seejohat der Reserve-Reinhold Remansky bei seiner Ankunft in Tsingtau in einem Spinde in der Kaserne ein Messer gefunden, aber nicht abgeliefert hatte, war er in erster Instanz wegen Unterschlagung resp. Diebstahls zu 14 Tagen Mittelarrest verurteilt worden. Die Berufung des Angeklagten gegen dieses Urteil wurde vom Oberkriegsgericht verworfen.

Wegen gefährlicher Körperverletzung war der Musketier August Sterling aus Groß-Germersleben 3. Komp. 66. Inf.-Regts in erster Instanz zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt worden. D- in derselben Sache mit angeklagte Lambour-

freite Wilhelm Schulz 3 von derselben Kompanie war damals freigesprochen worden. Es handelt sich um die bereits von uns ausführlich geschilderte Messeraffäre, die sich am 21. März d. J., abends 9 Uhr, auf dem Truppenübungsplatz Altengrabow zugegetragen hat. Zwischen den Gefreiten Keitel und Möber vom 186. Infanterie-Regiment und den beiden Angeklagten hatte in einer Kantine eine unbedeutende Händelei stattgefunden. Raum hatten die Gefreiten Keitel und Möber die Kantine verlassen und sich etwa 50 Meter entfernt, erhielt Möber einen starken Schlag von hinten gegen den Kopf. Möber drehte sich um und gewahrte den Gefreiten Schulz 3, der aber noch einige Schritte entfernt war. Als Möber den linken Fuß vorsetzte, um auf Schulz 3 zuzugehen, erhielt der erstere einen mit großer Kraft geführten Messerstich in den Oberschenkel, der mehrere Schlagadern durchschnitt. Möber will nur gesehen haben, wie nach dem Stich ein Schatten, von einem Menschen herrührend, feillich in der Dunkelheit verschwand. Diesen Messerstich soll Sterling, der mehrfach wegen Körperverletzung verurteilt ist, ausgeführt haben. Gegen das ersunstantliche Urteil hat Sterling Berufung eingelegt, weil er unschuldig sei. Er gibt aber zu, in Gemeinschaft mit Schulz 3 die Gefreiten Keitel und Möber verfolgt zu haben. Gegen das freisprechende Urteil gegen Schulz 3 hat der Gerichtsherr Berufung eingelegt und Bestrafung wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung verlangt. Im heutigen Termin bestreitet Sterling, ebenso Schulz 3, den Gefreiten Möber geschlagen zu haben. Die beiden in Betracht kommenden Zeugen können mit Bestimmtheit nicht sagen, daß der Stich von Sterling herrührt. Mit Rücksicht hierauf wird vom Verteidiger Sterlings, Rechtsanwalt Dr. Eberhard, die Freisprechung seines Klienten beantragt. Vom Vertreter der Anklage wird beantragt, die Strafe für Sterling auf 1 Jahr 3 Monate Gefängnis herabzusetzen. Schulz 3 wegen Teilnahme zu bestrafen stellt er dem Gericht anheim. Das Urteil des Oberkriegsgericht lautet: Die Berufung des Gerichtsherrn gegen das freisprechende Urteil des Schulz 3 wird verworfen, es bleibt bei der Freisprechung. Ebenso wird die Berufung des Angeklagten Sterling verworfen, es bleibt auch hier bei der erkannten Strafe von 2 Jahren Gefängnis.

Diebstahl. Wegen rechtswidriger Aneignung eines Zweimarkstückes aus dem Brustbeutel eines Kameraden, und zwar bei Nachtzeit, war der Musketier Paul Fjohr 5. Komp. 26. Inf.-Regts. in erster Instanz zu 3 Wochen strengem Arrest verurteilt worden. Da der Angeklagte ein reumütiges Geständnis abgelegt, noch nicht vorbestraft und das Geld wieder zurückgegeben hatte, wurde von einer Verurteilung in die zweite Klasse des Soldatenhandes Abstand genommen. Hiergegen hat der Gerichtsherr Berufung eingelegt und neben der Arreststrafe die Verhängung der Ehrenstrafe verlangt. Das Gericht spricht zusätzlich die Verurteilung in die zweite Klasse des Soldatenhandes aus.

## Letzte Nachrichten.

Der Generalstreik in Schweden.

Die offizielle Zahl der Streikenden, die aber meistens auf Angaben der Unternehmer beruht, beträgt 285 577. Es kann daher mit Sicherheit angenommen werden, daß die Zahl 300 000 bereits überschritten ist. Sydow fordert die Unternehmer auf, diese Angaben zu machen, weil sie angeblich für die Sache der Unternehmer nützlich sein sollen. Er beabsichtigt damit natürlicherweise nur, die Zahl möglichst gering erscheinen zu lassen, um den Gerüchten Nahrung zu geben, daß die Ausständigen immer mehr zur Arbeit zurückkehren. Daraus resultiert auch die große Zahl von Mitteilungen der bürgerlichen Presse, die nur darauf gerichtet sind, die Arbeiter in ihren Entschlüssen wankend zu machen.

Bisher ist dieses Bestreben jedoch resultatlos gewesen; denn kein einziger organisierter Arbeiter und nur äußerst wenig unorganisierte haben die Arbeit aufgenommen. Die Stimmung unter der Arbeiterschaft ist allgemein fest und ruhig; der Streik der Buchdrucker könnte zwar etwas effektiver wirken, die in den Betrieben vorfindenden Faktoren usw. reichen aus, um kleine Flugblätter usw. hinausgeben zu können. Kein einziger organisierter Buchdrucker hat sich indes zum Streikbrecher hergegeben.

Ab. Stockholm, 13. August. In Malmö ist die Bäckerei der Streikenden jetzt in voller Tätigkeit. Heute beginnt die Verteilung von Brot. Mit dem genossenschaftlichen Verkauf von Fleisch an die Streikenden ist bereits begonnen worden.

\* Stockholm, 13. August. Dem „Berliner Tageblatt“ wird telegraphiert: Das Organ des Landessekretariats der Arbeiter „Die Antwort“ erklärt gegenüber den durch die bürgerlichen Mütter gebrachten Mitteilungen von Wiederaufnahme der Arbeit in verschiedenen Gegenden des Landes, daß die einzelnen Streikenden, die zur Arbeit zurückgekehrt seien, nur mehr von ihren Kameraden gezwungen werden würden, die Arbeit von neuem niederzulegen. Allerdings sind die Arbeiter darüber verstimmt, daß es in Stockholm der Direktion der Straßenbahn gelingt, mit Hilfe der Ingenieure und oberen Betriebsbeamten und von Streikbrechern den Straßenbahnbetrieb in immer weiterem Umfang wieder zu eröffnen, und auch der Umstand, daß der Verkehrsstreik in Stockholm bisher nicht effektiv geworden ist, bereitet den Arbeitern eine unerwartete Enttäuschung. Gleichwohl wäre es durchaus übereilt,

den Kiesenstreik jetzt schon als gänzlich mißlungen zu bezeichnen. Nur so viel ist sicher, daß die Arbeiter das Gefühl haben, es könne wie bisher nicht fortgehen, und man müsse zu energischeren Mitteln greifen, um eine größere „Effektivität“ des Streiks herbeizuführen. Die Arbeiter hoffen jetzt im ganzen Lande vor allen Dingen, daß die Abstimmung der Eisenbahner, die am kommenden Sonntag beendet sein wird, zugunsten des Eisenbahnstreiks ausfallen werde. Ein Eisenbahnstreik, der keineswegs ausgeschlossen ist, würde die Aussichten der Arbeiter mit einem Schlage verbessern. Daß die Arbeiter noch keineswegs gefonnen sind, die Waffen zu strecken, ergibt sich aus zahlreichen neuen Arbeitsniederlegungen. Es geht soeben die Kunde ein, daß die Arbeiter der Papierfabrik Lamåfors, die kommunalen Arbeiter von Varholm, die Mühlenarbeiter in Eskilstuna, die Bahnarbeiter der Linie Upsala-Gefle, das Personal der Baumwollspinnerei Åsafs, die Sägewerksarbeiter in Säfte und 600 Textilarbeiter in Riina in den Streik getreten sind. Die Arbeiter in Riina waren bisher unorganisiert, haben sich aber jetzt organisiert.

Ab. Christiania, 13. August. Beim Stadtholmer Zentralkomitee trafen gestern 100 000 Mark als erste Rate der deutschen Streikunterstützung ein. Das Streikkomitee erklärt, die Zahl der gestern insgesamt im Streik Stehenden betrage über 350 000.

Ab. Berlin, 13. August. Der Bankier Silbermann in der Friedrichstraße erhielt, als er Geldsorten ausmachte, einen Schlag über den Kopf. Da die beabsichtigte Wirkung nicht eintrat, entfloß der Täter unter Zurücklassung eines Stodes.

Ab. Berlin, 13. August. Der Ueberfall auf den Bankier Silbermann wurde von zwei Männern ausgeführt, die vorgaben, sich deutsches Geld in ausländisches umzuwandeln zu wollen. Beim Vorlegen des Geldes berstete einer der Männer Silbermann einen Schlag mit einem stumpfen Instrument, anscheinend einem Schlüssel. Silbermann wehrte sich und vermochte noch um Hilfe zu rufen, worauf die Täter flüchteten. Silbermann ist ziemlich erheblich verletzt; entwendet wurde nichts.

Ab. Köln, 13. August. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Koblenz: Der als Urheber des Eisenbahnunglücks auf der Strecke Löhle-Koblenz vom 1. März, bei welchem drei Personen getötet und 22 verletzt wurden, angeklagte Lokomotivheizer Böltgen aus Köln-Nippes wurde zu 4 Monaten Gefängnis, unter Anrechnung von 4 Wochen Untersuchungsfrist, verurteilt.

Ab. Göttingen, 13. August. In verschiedenen Orten Südhannovers sind drei Personen an Hitzschlag gestorben.

Ab. Kreuznach, 13. August. Nach einem Brande kürzte ein Schornstein ein und erschlug den Schufmacher Krieg. Zwei andre Bürger wurden bei den Löscharbeiten tödlich verletzt.

Ab. Frankfurt a. M., 13. August. Das nationale Zentralkomitee in Leheran hat, wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, beschlossen, nach dem Muster der französischen Revolution ein Direktorium zu ernennen, das die gesamte Regierung in sich vereinigen soll. Die Zahl der Mitglieder steht noch nicht fest. Der junge Schah will auf den Thron verzichten und sich mit seinen Eltern nach Rußland begeben.

Ab. Leheran, 13. August. Die Stadt ist ruhig. Die Geistlichen von Medjes protestieren gegen die Hinrichtung der beiden hohen Geistlichen.

Ab. Paris, 13. August. Der „Matin“ meldet aus San Sebastian: Der Leutnant des Regiments Sizilien Arthur Saeg hat, als er Befehl zum Abziehen nach Melilla erhielt, um seinen Abschied. Das Ehrengericht des Regiments bestimmte einstimmig seine Ausstoßung aus dem Heere.

Ab. Konstantinopel, 13. August. Man fürchtet, die Regierung werde kaum instande sein, die Erregung des Landes zurückzuhalten. Aus den Provinzen laufen fortgesetzt Meldungen über Kreta-Demonstrationen ein. In einer Versammlung in Adrianopel nahmen an 30 000 Personen teil. Scheffer-Bajda soll mit Demission gedroht haben, da die Erregung der Truppen und des Offizierskorps unumgänglich zu beschwichtigen sei. Auf den Postkästen der Schutzmächte hält man jedoch an der Öffnung fest, eine friedliche Lösung der Krise zu finden.

## Briefkasten.

Quittung. Zur Unterstützung des Generalstreiks in Schweden gingen ein: Verband der Lithographen und Steinbruder (Chani-graben) 26,60; Gewerkschaftsverband Merseburg 20,00; Verband der Buchbinder Magdeburg 25,00; Verband der Fabrikarbeiter Magdeburg 50,00; Verband der Lagerhalter Magdeburg 50,00 Mark. Bisher quittiert 1218,00 Mark. In Summa 1389,60 Mark.

Berichtigung. In der gestrigen Quittung muß es heißen anstatt Zentralverband der Schmiede: Zentralverband der Schneider. Graf Königstedt, Große Mühlstraße 3.

Zur Unterstützung des Generalstreiks in Schweden hat der Deutsche Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Magdeburg, 1000,00 Mark durch den Zentralverband gesandt.

## Wettervorhersage.

Donnabend den 14. August: Böiger Nordwest; wölig; kühl; vereinzelte Regenschauer.

Unsre eigne Fabrikation

Preisliste gratis und franko!



Unser Schlager!  
Original-Goodyear-Welt!  
Erprobte Qualitäten in  
eleganter Ausführung  
Einheitspreis **10<sup>50</sup>** Mk.

# Marke Turul!

## Drei Einheits-Preise

für Herren- und Damen-Stiefel

Unsre unerreichte  
Leistungsfähigkeit  
Jedes Paar in Chevreau-,  
Box-, Lack- usw. Gute  
Ledersorten, moderne  
Formen! Einheitspreis

**7<sup>25</sup>** Mk.



Unsre Spezialität!  
Original-Goodyear-Welt!  
Unser hervorragendstes  
Erzeugnis! Das Beste!  
Einheitspreis **12<sup>00</sup>** Mk.

**Turul-Schuhfabrik**  
Alfred Fränkel Commandit-Gesellschaft  
Magdeburg, Alte Ulrichstraße 11

432

## Bleibe treu

ein jeder Käufer der allein echten  
Streckenpferd-Geerfchwefelseife  
von Bergmann & Co., Radoboul  
Schymarkt, Stedensper  
denn es ist die beste Seife gegen alle  
Santurreinigungsmittel u. Santur-  
schläge, wie Miteffer, Finnen,  
Flechten, Wunden, Rote des  
Gesichts usw. 418  
In Stad 50 Pf. in Magdeburg:  
Hirsch-Apothete, Breitenweg 121.  
Victoria-Apothete, Kaiserstr. 94b.  
Gust. Hubert, Jakobstraße 16.  
P. Fensch, Alter Markt 28.  
Alb. Wüschart, Breitenweg 265.  
Kaeßler u. Ulrich, Gr. Mühlstr. 19.  
In Wuckau: Schwann-Apothete.  
Ab. Häuber Nachf.  
Neustadt: P. Eijelt, Drogerie.  
Paul Albrecht.  
Eubenburg: Hugo Starloff.  
Wilhelmstadt: Otto Freitag,  
Annastraße 47.  
Hugo Starloff.  
Große Diesdorfer Str. 25.

Jeden Sonnabend Schlachtfest.  
Alle Sorten frische Würst. —  
E. Müller, Gr. Mühlstr. 8.

H. Ermentrauts Restaurant  
Neustadt, Nachweide 49a.  
Gute Biere. Angenehmer Aufenthalt.



**Sonnabend und Sonntag**  
Unwiderruflich!

**Schluß unsrer Serientage!**

Günstigste Gelegenheit für Reservisten!

**Konfektionshaus**

**Sudenburg**

Scheidt & Stein 550

119 Halberstädter Str. 119.

**Kalbfleisch billig!**

Keule }  
Rücken }  
Niere } Pfund **60** Pf.  
Blatt }  
Brust . . . . . 50 Pf.  
Rindfleisch . . . . . 70-90 Pf.  
Schweinefleisch . . . . . 80-90 Pf.  
Roh-, Leber- u. Sülzwurst 70 Pf.  
Geh. Rind- u. Schweinefl. 80 Pf.

**F. Kirsten**  
Buckau, Thiemstr. 15.

**Schönebeck.**  
**Sohleder-Ausschnitt!**  
**Carl Kränkel** Lederhandlung  
neben der Post

**Achtung! Stendal! Achtung!**  
Den werthen Genossen zur Nach-  
richt, daß ich mein Rasier- und  
Feisear-Geschäft von Arnburger  
Straße 6 nach Arnburger Str. 5  
verlegt habe und bitte um gütigen  
Zuspruch.  
**August Remke,**  
529 Parteigenosse.

**Billig! Schuhwaren** Schmidt-  
str. 44  
Herren-, Damen-, Kinderschuhe u.  
-stiefel in Chevreau, Box calf und  
andern Sorten Leder, Plüschsocken  
und -pantoffeln, auch aus Konkurs-  
massen stammende Waren billig nur  
44 Schmidtstrasse 44

Einger-Nähmaschine, tabellos  
nähend, i. 12 M. z. verlauf. Göke,  
Goldschmiedebstraße 5, vom 12. r.

Beachten Sie unsere Schaufenster!

In unserm

**Sommer-  
Ausverkauf in Schuhwaren!**

bietet sich günstigste Gelegenheit zum  
Einkauf von nur besten Waren zu  
bedeutend reduzierten Preisen

483

**Schuh-Bazar-Vereinigung**

Breiteweg 13 Wolf Blumenthal Breiteweg 13

Verschiedene gebrauchte

**Bettstellen**

mit guten Matratzen 20 M., sowie  
Kleiderchränke 27 M., Vertikal-  
32 M., Sofa Tisch 10 M., 1 Schreib-  
tisch 40 M., Trumeau mit Stuhl  
37 M., 1 Kommode 15 M., 1 wenig  
gebrauchte Plüschgarnitur 100 M.,  
ff. Plüschsofa 45 M. usw. Klein-  
kaufswang. Ansicht gern gefattet.  
Transport frei. 515

Peterstraße 17

Altes Brücktor 2

Heute und folgende Tage:

**Schuhwaren-Tag!**

**Herren-, Damen-  
und Kinder-Stiefel**

553 in schwarz und farbig  
Seltener billig! — Größte Auswahl!

Sieben eingetroffen:

**Damen-Halbschuhe (Knopf)**

2.50 Mark.

Ein großer Posten  
**Sandalen, Segeltuch-  
schuhe, Schaffstiefel  
und Lederpantoffel.**

**Paul Lucke**

Altes Brücktor 2

— Telefon 3576 —

Gut erh. Kinderwagen zu verlauf.  
Buckau, Grünstr. 11. Hof part. r.

479 Garantiert reinen

**Blütenhonig**  
von vorzüglichem Geschm. offeriert  
**C. F. Thiele, Königshof.**

Kaufe junge und alte  
**Kanarienvögel**  
(abgemauert) u. Weibch.  
zu höchst. Preisen fortw.  
J. Tischler, Annastr. 25.

**Himbeerjast  
Kirschsast**

frisch von der Presse  
à Liter nur 75 Pf.

**Buhtz & Hesse**  
Breiteweg 135, Hof parterre  
543 Fernsprecher 1515.



**BASTA**

Beste spanischer Wein für  
**Blutarme und  
Magenkranke**  
Überall zu haben.

**Der Ausverkauf**

der in meiner Musterei übriggebliebenen

**Rest-Coupons, Neuheiten für Herbst u. Winter 1909/10**

sowie Restbestände der Sommer-Saison in

**Herren- und Knaben-Anzugstoffen usw.  
Damentuchen, Kostümstoffen usw.**

zu **bekannt unvergleichlich billigen Preisen** findet jetzt statt!  
Unerreicht grosse Auswahl! — Nur best erprobte Qualitäten!

**Hermann Ohlrogge**

Tuchversandhaus Norddeutschland

512

Kronprinzenstr. 7.

Kronprinzenstr. 7.